

II-12419 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ

7413/1-Pr 1/90

5890 IAB

1990 -09- 04

zu 5909/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 5909/J-NR/1990

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Srb und Freunde (5909/J), betreffend die bauliche Ausgestaltung aller dem Justizressort angehörenden Gebäude, beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Die Errichtung von Bundesgebäuden sowie die bautechnische Betreuung von Bundesgebäuden und Mietobjekten des Bundes obliegen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Ich verweise daher auf die Antwort des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die an diesen gerichtete Anfrage gleichen Inhalts.

Zu 2:

Dem Justizressort stehen 228 Gebäude zur Verfügung.

Zu 3:

Ich verweise auf die Anfragebeantwortung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Zu 4:

Nach den mir vorliegenden Berichten bestehen bei 54 Gebäuden Rollstuhlparkplätze.

- 2 -

Zu 5, 6, 7, 9 und 10:

Diesbezüglich wird zuständigkeithalber auf die Anfragebeantwortung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten hingewiesen.

Zu 8:

Grundsätzlich bin ich dafür, daß die Dienststellen des Justizressorts möglichst nach den Bestimmungen der ÖNORM B 1600 ausgestattet werden.

Für den Bereich der Strafvollzugsanstalten weise ich darauf hin, daß es sich um geschlossene Einrichtungen handelt, die Anstaltsfremden nur zeitweise und dann nur in Teilbereichen (Besucher- und Verwaltungsbereiche) zugänglich sind. Dort, wo eine behindertengerechte Zugänglichkeit und Ausstattung dieser Teilbereiche noch nicht besteht, ist behinderten Besuchern eine ausreichende Unterstützung durch das Anstaltspersonal zu gewähren. Die Ausstattung sämtlicher Justizanstalten mit behindertengerechten Gefangenenunterkünften ist infolge der äußerst geringen Zahl an körperbehinderten Gefangenen nicht vertretbar. Tritt ein Bedarfsfall auf, werden in der betroffenen Justizanstalt die gebotenen Maßnahmen veranlaßt.

3. September 1990

